

**Beschluss Nr. 21/2018**

Schwyz, 16. Januar 2018 / pf

Prämienverbilligung: Wen trifft die Kürzung?

Beantwortung der Interpellation I 21/17

1. Wortlaut der Interpellation

Am 28. September 2017 haben die Kantonsräte Andreas Marty, Dr. Antoine Chaix und Alex Keller folgende Interpellation eingereicht:

«Trotz massiver Kritik beschloss eine Mehrheit des Kantonsrates eine Revision des Gesetzes über die Krankenkassen-Prämienverbilligung. Am meisten Auswirkungen hat dabei die Reduktion der Richtprämie auf 90%. Vor allem diese Massnahme führt zur Kürzung der Prämienverbilligung (IPV) um 5.7 Mio. Franken. Nicht bekannt ist jedoch, welche Einkommensklasse diese Kürzung effektiv wie stark treffen wird.

Damit die Bevölkerung für die anstehende Volksabstimmung im nächsten Winter umfassend informiert ist, bitten wir deshalb um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. In welchen Einkommensklassen wird sich die beschlossene Reduktion der Prämienverbilligung um 5.7 Mio. Franken wie stark auswirken? (Minder- bzw. Mehrauszahlungen gegenüber dem heutigen System in den Einkommensklassen: Fr. 0, Fr. 0–10 000, Fr. 10 000–20 000, Fr. 20 000–30 000, Fr. 30 000–40 000, Fr. 40 000–50 000, Fr. 50 000–60 000, über Fr. 60 000, sowohl für Alleinstehende, wie auch für eine Familie mit zwei Kindern).*
- 2. Ist der Regierungsrat bereit im Internet einen Rechner einzurichten, auf dem alle Bürgerinnen und Bürger selbst nachverfolgen können, wie sich die Höhe der Prämienverbilligung durch die Revision für sie auswirken wird?*
- 3. Wie hoch waren die Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Prämienverbilligung seit 2005, inklusive Hochrechnung 2018 und Prognose für das neue System ab 2019?*
- 4. Im nationalen Vergleich gibt der Kanton Schwyz schon heute viel weniger aus an die IPV, als die meisten anderen Kantone. Wir bitten um eine grafische Darstellung der aktuellsten pro-Kopf Vergleichszahlen (2016).*

Besten Dank für eine rechtzeitige Beantwortung.»

2. Antwort des Regierungsrates

2.1 Vorbemerkung

Am 21. August 2015 hat Kantonsrat Paul Schnüriger mit der Motion M 11/15 verlangt, dass sich die Richtprämien für die Prämienverbilligung nach den Tarifen des Hausarztmodells oder gleichwertiger Modelle zu richten haben. Weiter dürfe die ausgerichtete Prämienverbilligung nicht höher sein als die tatsächlich geschuldete Krankenkassenprämie. Im geltenden System fehle ein Anreiz, dass sich Bezüger von Prämienverbilligung ein günstiges Krankenkassenmodell suchen, wie das viele Selbstzahler auch machen würden.

Der Regierungsrat hat in seiner Motionsantwort vom 17. November 2015 das Anliegen unterstützt. Er wollte jedoch sowohl die Vorschläge des Motionärs sowie mögliche Alternativen zu diesen prüfen. Im Zuge dieser Arbeiten wollte er zudem weitere Anpassungen im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 19. September 2007 (EGzKVG, SRSZ 361.100) prüfen. Der Kantonsrat hat an der Sitzung vom 16. Dezember 2015 die Motion M 11/15 mit 75 zu 9 Stimmen als erheblich erklärt und dem Antrag des Regierungsrates auf Umwandlung in ein Postulat zugestimmt. Auf Grundlage dieses Postulates ist der Kantonsratsbeschluss über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung zustande gekommen.

Zukünftig sollen statt 100% nur noch 90% der kantonalen Durchschnittsprämien als Richtprämien für die individuelle Prämienverbilligung berücksichtigt werden; maximal wird jedoch immer höchstens die tatsächlich geschuldete Prämie verbilligt. Weiter erhalten Personen keine Prämienverbilligung, die nach Abzug von Vermögensfreibeträgen ein bestimmtes Reinvermögen ausweisen. Zudem sollen neu steuerrechtlich mögliche Abzüge beim Einkommen für Einkäufe in die berufliche Vorsorge (2. Säule) für die Ermittlung des Anspruchs auf Prämienverbilligung aufgerechnet werden. Teil des Kantonsratsbeschlusses ist auch die Senkung des Selbstbehaltes des für die Ermittlung des Anspruchs auf Prämienverbilligung anrechenbaren Einkommens von 12% auf 11%. Dieser Teil unterliegt jedoch nicht der Volksabstimmung.

Der Kantonsrat hat dem Kantonsratsbeschluss über die Prämienverbilligung mit 59 zu 31 Stimmen zugestimmt. Da weniger als drei Viertel der an der Abstimmung teilnehmenden Kantonsrätinnen und Kantonsräte der Vorlage zustimmten, wird Ziffer I des Kantonsratsbeschlusses (Änderung des EGzKVG der Volksabstimmung vom 4. März 2018 unterbreitet (obligatorisches Referendum).

2.2 Fragen der Interpellanten

2.2.1 In welchen Einkommensklassen wird sich die beschlossene Reduktion der Prämienverbilligung um 5.7 Mio. Franken wie stark auswirken? (Minder- bzw. Mehrauszahlungen gegenüber dem heutigen System in den Einkommensklassen: Fr. 0, Fr. 0–10 000, Fr. 10 000–20 000, Fr. 20 000–30 000, Fr. 30 000–40 000, Fr. 40 000–50 000, Fr. 50 000–60 000, über Fr. 60 000, sowohl für Alleinstehende, wie auch für eine Familie mit zwei Kindern).

Ein Vergleich nach Klassen mit Einkommensspannen (z.B. Fr. 40 000.-- bis 50 000.--) ist nicht möglich. Möglich ist jedoch ein Vergleich von Einkommensbeträgen (z.B. Fr. 40 000.--). Aus diesem Grund stellen wir nachfolgend die Situationen mit Einkommensbeträgen von Fr. 0.--, Fr. 10 000.--, Fr. 20 000.--, Fr. 30 000.--, Fr. 40 000.--, Fr. 50 000.-- und Fr. 60 000.-- sowohl für eine alleinstehende Person wie auch für eine Familie mit zwei minderjährigen Kindern dar. Bei den aufgeführten Einkommensbeträgen handelt es sich um das für die Berechnung der individuellen Prämienverbilligung (IPV) anrechenbare Einkommen (Reineinkommen gemäss direkter Bundessteuer nach Aufrechnung des Anteils des massgebenden Vermögens).

Alleinstehend ohne Kind**Jahr 2018: geltendes Recht**

<i>Einkommen in Fr.</i>	<i>Selbstbehalt 12% in Fr.</i>	<i>Richtprämie (= Durchschnittsprämie) in Fr.</i>	<i>IPV in Fr.</i>
0	0	4 812	4 812
10 000	1 200	4 812	3 612
20 000	2 400	4 812	2 412
30 000	3 600	4 812	1 212
40 000	kein Anspruch (übersteigt den Einkommensgrenzwert für den Anspruch auf IPV von Fr. 37 302.--)		
50 000			
60 000			

Jahr 2018: „neues“ Recht

<i>Einkommen in Fr.</i>	<i>Selbstbehalt 11% in Fr.</i>	<i>Richtprämie in Fr.</i>	<i>Maximale¹⁾ IPV in Fr.</i>	<i>Minderauszahlung gegenüber geltendem Recht in Fr.</i>
0	0	4 331	4 331	481
10 000	1 100	4 331	3 231	381
20 000	2 200	4 331	2 131	281
30 000	3 300	4 331	1 031	181
40 000	kein Anspruch (übersteigt den Einkommensgrenzwert für den Anspruch auf IPV von Fr. 37 302.--)			
50 000				
60 000				

Ehepaar mit zwei minderjährigen Kindern**2018: geltendes Recht**

<i>Einkommen in Fr.</i>	<i>Selbstbehalt 12% in Fr.</i>	<i>Richtprämie (=Durchschnittsprämie) in Fr.</i>	<i>IPV in Fr.</i>	<i>Mindestgarantie²⁾ in Fr.</i>	<i>Total IPV in Fr.</i>
0	0	11 904	11 904	0	11 904
10 000	1 200	11 904	10 704	0	10 704
20 000	2 400	11 904	9 504	0	9 504
30 000	3 600	11 904	8 304	0	8 304
40 000	4 800	11 904	7 104	0	7 104
50 000	6 000	11 904	5 904	9	5 913
60 000	7 200	11 904	4 704	239	4 943

2018: „neues“ Recht

<i>Einkommen in Fr.</i>	<i>Selbstbehalt 11% in Fr.</i>	<i>Richt- prämie in Fr.</i>	<i>IPV in Fr.</i>	<i>Mindest- garantie³⁾ in Fr.</i>	<i>Total maxi- male¹⁾ IPV in Fr.</i>	<i>Minderauszahlung gegenüber gel- tendem Recht in Fr.</i>
0	0	10 714	10 714	0	10 714	1190
10 000	1 100	10 714	9 614	0	9 614	1090
20 000	2 200	10 714	8 514	11	8 525	979
30 000	3 300	10 714	7 414	222	7 636	668
40 000	4 400	10 714	6 314	432	6 746	358
50 000	5 500	10 714	5 214	643	5 857	56
60 000	6 600	10 714	4 114	854	4 968	-25

¹⁾ Nach „neuem“ Recht darf die ausbezahlte individuelle Prämienverbilligung höchstens den effektiv geschuldeten Krankenkassenprämien entsprechen. Liegen die effektiv geschuldeten Krankenkassenprämien unter den maximal möglichen individuellen Prämienverbilligungen, so erhöht sich die Minderauszahlung gegenüber dem geltenden Recht folglich um diese Differenz.

²⁾ Mindestgarantie geltendes Recht: Gemäss Art. 65 Abs. 1^{bis} des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (KVG, SR 832.10) verbilligen die Kantone für untere und mittlere Einkommen die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50%. Das geltende kantonale Recht hat diese Bestimmung in § 6 Abs. 2 EGzKVG aufgenommen. In einem ersten Schritt wird die IPV der gesamten Familie ermittelt. Ist durch diese die Mindestgarantie für Kinder und junge Erwachsene noch nicht abgedeckt, wird in einem zweiten Schritt der zusätzliche Betrag ermittelt, damit die Mindestgarantie eingehalten wird.

³⁾ Mindestgarantie „neues“ Recht: Gemäss Änderung des KVG vom 17. März 2017 verbilligen die Kantone für untere und mittlere Einkommen die Prämien der Kinder um mindestens 80% und die Prämien der jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50% (neu Art. 65 Abs. 1^{bis} KVG). Das bedeutet eine stärkere Verbilligung der Prämien für Kinder, nämlich statt wie bisher um mindestens 50% in Zukunft um mindestens 80%. Gemäss Übergangsbestimmung zur Änderung vom 17. März 2017 setzen die Kantone dieses neu festgelegte System der Prämienverbilligung für Kinder innert zwei Jahren nach Inkrafttreten der Änderung vom 17. März 2017 um. Diese Änderung des Bundesrechts wird in der vorliegenden Vorlage insofern bereits berücksichtigt, als die revidierte Bestimmung in § 6 Abs. 2 EGzKVG direkt auf das Bundesrecht betreffend Mindestverbilligung von Prämien für Kinder bis zum 18. Altersjahr und junge Erwachsene in Ausbildung zwischen dem 18. und 25. Altersjahr bei unteren und mittleren Einkommen verweist. Zur Berechnung der Mindestgarantie vgl. Fussnote 2.

2.2.2 Ist der Regierungsrat bereit, im Internet einen Rechner einzurichten, auf dem alle Bürgerinnen und Bürger selbst nachverfolgen können, wie sich die Höhe der Prämienverbilligung durch die Revision für sie auswirken wird?

Die Tabellen oben unter Ziffer 2.2.1 geben einen guten Überblick über die Auswirkungen der Revision bei der Prämienverbilligung. Die Senkung der Richtprämien führt zwangsläufig zu Minderauszahlungen an die Bezüger von IPV. Die gleichzeitige Senkung des Selbstbehaltes wirkt zwar dämpfend, vermag diesen Effekt jedoch nicht auszugleichen. Für die Meinungsbildung der Stimmbürger ist das Bewusstsein über das Ziel der Vorlage und die in den Tabellen aufgezeigten Auswirkungen wichtig und ausreichend. Das Einrichten eines verlässlichen Rechners ist sehr aufwändig. Und das Ziel der Motion, dass die Bezüger von Prämienverbilligung einen Anreiz erhalten, ein günstiges Krankenkassenmodell zu suchen, kann ohnehin nicht in einem Rechner abgebildet werden. Der Regierungsrat verzichtet deshalb auf die Einrichtung eines Rechners.

2.2.3 Wie hoch waren die Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Prämienverbilligung seit 2005, inklusive Hochrechnung 2018 und Prognose für das neue System ab 2019?

<i>Jahr</i>	<i>Auszahlungen total in Fr.</i>	<i>Anteil Bund in Fr.</i>	<i>Anteil Gemeinden in Fr.</i>	<i>Anteil Kanton in Fr.</i>
2005	40 775 386	24 245 067	5 510 114	11 020 205
2006	43 561 502	26 950 260	5 536 415	11 074 827
2007	45 029 390	27 861 305	5 722 695	11 445 390
2008	39 028 024	32 469 490	2 623 413	3 935 121
2009	40 468 664	33 262 080	2 882 634	4 323 950
2010	48 504 232	36 307 400	4 878 733	7 318 099
2011	54 356 529	38 872 316	6 193 685	9 290 528
2012	55 956 477	39 514 487	6 576 796	9 865 194
2013	58 819 675	40 477 804	7 336 748	11 005 123
2014	64 153 021	41 606 913	9 018 443	13 527 665
2015	61 001 367	43 701 061	6 920 123	10 380 184
2016	65 761 045	45 852 969	7 963 230	11 944 846
2017	71 667 134	48 159 924	9 402 884	14 104 326
2018 Budget	74 600 000	50 800 000	9 520 000	14 280 000
2019 FiPla	72 200 000	53 400 000	7 520 000	11 280 000
2020 FiPla	75 500 000	55 800 000	7 880 000	11 820 000
2021 FiPla	78 900 000	58 200 000	8 280 000	12 420 000

FiPla = Finanzplan

2.2.4 Im nationalen Vergleich gibt der Kanton Schwyz schon heute viel weniger aus an die IPV, als die meisten anderen Kantone. Wir bitten um eine grafische Darstellung der aktuellsten pro-Kopf Vergleichszahlen (2016).

Diese Frage kann anhand der Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2016 des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) beantwortet werden. Die folgenden Auflistungen zeigt die aktuellste Auswertung nach Kantonen, nämlich für das Jahr 2016. Die Beträge beinhalten immer auch den Bundesbeitrag an die IPV.

In der Tabelle 1 werden die IPV-Gesamtausgaben pro Kopf und in der Tabelle 2 pro Bezüger dargestellt. Auf eine grafische Darstellung wird verzichtet, weil die tabellarische Darstellung eine genauere interkantonale Übersicht erlaubt als eine blosse graphische Darstellung mit Säulen oder Linien.

Gemessen an der Gesamtbevölkerung liegt der Kanton Schwyz bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die IPV (Fr. 432.--) im hinteren Drittel der Kantone und unter dem schweizerischen Mittelwert. Bemerkenswert ist jedoch, dass der Kanton Schwyz beim Prämienverbilligungsbeitrag pro Bezüger im interkantonalen Vergleich auf dem neunten Rang (Fr. 2008.--) und über dem schweizerischen Mittelwert liegt. Wer also im Kanton Schwyz zum Kreis der Bezüger von Prämienverbilligung gehört, erhält im Vergleich mit den anderen Kantonen eine relativ hohe Prämienverbilligung.

Tabelle 1: IPV pro Kopf 2016

<i>Kanton</i>	<i>Mittlere Wohnbevölkerung und Grenzgänger¹⁾</i>	<i>Total IPV in Fr.²⁾</i>	<i>IPV pro Kopf in Fr. (gerundet)</i>
BS	196 892	181 416 278	921
TI	348 835	265 071 564	760
VD	756 384	530 273 824	701
NE	176 972	122 353 237	691
GE	482 334	313 465 787	650
SH	81 672	47 754 870	585
JU	72 118	41 262 695	572
ZH	1 440 221	801 842 828	557
SO	262 918	143 773 883	547
AR	53 931	29 382 034	545
CH	8 226 900	4 309 703 472	524
FR	300 559	149 371 074	497
OW	36 698	18 128 583	494
GR	195 529	94 555 022	484
TG	264 394	126 386 485	478
VS	329 441	151 592 258	460
ZG	119 318	53 900 091	452
UR	35 939	15 873 754	442
AG	646 641	284 645 626	440
SZ	152 137	65 763 820	432
LU	392 650	167 404 739	426
SG	494 544	199 007 326	402
BL	283 409	111 107 390	392
GL	39 747	15 581 914	392
AI	15 832	6 097 533	385
BE	1 005 781	360 187 718	358
NW	42 009	13 503 141	321

Datenstand: 18. September 2017

Quelle: BAG, T 4.07

¹⁾ Mittlere Wohnbevölkerung 2014 gemäss Bundesamt für Statistik²⁾ IPV = Beiträge der Kantone und des Bundes

Tabelle 2: IPV pro Bezüger 2016

<i>Kanton</i>	<i>Total IPV nach KVG¹⁾ in Fr.</i>	<i>Durchschnitt IPV pro Haushalt in Fr.</i>	<i>Durchschnitt IPV pro Bezüger in Fr.</i>	<i>in % der Durchschnitts- prämie</i>
BS	181 416 278	5 292	3 387	73.2%
NE	122 353 237	4 233	2 744	75.1%
GE	313 465 787	3 640	2 536	58.6%
VD	530 273 824	4 487	2 518	67.3%
TI	265 071 564	4 757	2 460	66.5%
AR	29 382 034	4 116	2 289	78.8%
VS	151 592 258	3 275	2 152	68.3%
SO	143 773 883	3 495	2 088	61.4%
SZ	65 763 820	3 500	2 008	67.1%
FR	149 371 074	3 374	1 986	62.0%
BL	111 107 390	3 136	1 980	52.1%
ZG	53 900 091	2 984	1 970	68.7%
GL	15 581 914	3 285	1 900	62.5%
SH	47 754 870	3 214	1 856	55.5%
CH	4 309 703 472	3 132	1 891	55.0%
JU	41 262 695	2 929	1 807	50.7%
TG	126 386 485	2 490	1 750	58.2%
OW	18 128 583	2 892	1 730	61.8%
AG	284 645 626	3 641	1 693	52.2%
LU	167 404 739	3 357	1 690	55.9%
ZH	801 842 828	2 524	1 663	48.5%
SG	199 007 326	2 897	1 645	54.0%
NW	13 503 141	2 167	1 540	55.9%
GR	94 555 022	2 797	1 516	50.3%
UR	15 873 754	2 260	1 400	50.6%
AI	6 097 533	2 170	1 221	49.2%
BE	360 187 718	1 929	1 211	33.8%

Datenstand: 18. September 2017

Quelle: BAG, T 4.08

¹⁾ Effektiv im Berichtsjahr an die Haushalte/Bezüger ausbezahlte Prämienverbilligungen nach KVG. Bund und Kantone.

Beschluss des Regierungsrates

1. Die Vorsteherin des Departements des Innern wird beauftragt, die Antwort im Kantonsrat zu vertreten.

2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates.

3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Departement des Innern; Ausgleichskasse Schwyz.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

